

### HEUTE

● Fragen an Vorsitzenden  
der DDR-Treuhandanstalt  
Seite 2

● Bleibt Polen bei  
4 + 1 + 2 in Paris allein?  
Seite 4

● Fontane vor die  
Tür gesetzt  
Seite 5

● Thesen für die  
Erneuerungskonferenz  
der PDS  
Seite 6

### STANDPUNKT

#### Ohne Bratsche

Fast konnte man neidisch werden ob des herzlichen Einvernehmens, das Gorbatschow und Kohl vor den Fernsehkameras demonstrierten. Es fehlte eigentlich nur noch der Bruderkuß, kommentierte sarkastisch ein Beobachter. Das wäre denn doch des Guten zuviel gewesen, in Moskau hat man zwar vergeben, aber nicht vergessen, daß der Kanzler vor nicht allzu langer Zeit Gorbatschow mit Goebbels verglichen hat...

Auch wenn der Präsident seinen Gast in den heimatischen Nordkaukasus einlud - eine neue Männerfreundschaft ist nicht begründet worden, eher wohl ein Zweckbündnis. Die in der klaren Begrüßung des Kaukasus gefundene Formel hinsichtlich der Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands trägt Kompromißcharakter; weder die eine noch die andere Seite hat all das erreicht, was sie anstrebte. Kohl erhielt zwar die vor einem Monat noch undenkbar Zusicherung, daß die UdSSR akzeptiert, wenn das vereinte Deutschland in Ausübung seiner vollen Souveränität der NATO beitrete. Im Gegenzug wurde in der Frage der künftigen deutschen Truppenstärke und des Verzichtes auf ABC-Waffen ein Konsens gefunden, der dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Rechnung trägt.

Nach Gorbatschows Worten war dies eine der wichtigsten Begegnungen der jüngeren Geschichte. Um so bedauerlicher, daß offenbar die Meinung der DDR nicht gefragt war. Dabei ging es doch um ureigenste Interessen ihrer 16 Millionen Bürger. Schließlich stehen die sowjetischen Truppen ja nicht in der Pfalz, sondern in Mecklenburg und Sachsen. Und dafür, daß sie einmal zur NATO gehören, sind die Hunderttausende im Herbst ja auch nicht auf die Straße gegangen. Gut und schön, daß der Kanzler unmittelbar nach seiner Reise die Regierung Ost-Berlin unterrichten will. Besser freilich wäre es gewesen, wenn Premier de Maizière in Moskau und Stawropol mit am Tisch gesessen hätte. Zu einem Streichtrio gehört neben Violine und Cello nun mal die Bratsche.

GERD PROKOT

#### Landesweit Protest gegen Sportverfall

Berlin (ADN). Gegen den Radikalabbau und die finanzielle Misere im DDR-Sport haben am Montag vielerorts Hunderte Aktive und Trainer protestiert. Sie folgten der Aufforderung des Interessenverbandes der Trainer und Sportlehrer der DDR, die in allen Bezirksstädten zu Demonstrationen aufgerufen hatten.

Vor der „Goldenen Pforte“ des Dresdner Rathauses sagte der zweifache Olympiasieger sowie Welt- und Europameister im legendären Dresdner Ruder-Vierler, Frank Rühle: „Jahrzehntelang haben wir an diesem Ort Sieger jubelt, heute geht es um die Zukunft des Sports“. Der Leistungssport gehe zum Jahresabschluss dem Ende zu. Viele Trainer stünden dann auf der Straße. Besonders betroffen von den Kürzungen seien auch die jüngeren Sportler, die wegen Trainermangels nun aufhören müssten. „Wer diese Talente jetzt fallen läßt, der organisiert Olympia 2000 für den Rest der Welt“, sagte Heinz Hübner, einst Trainer von Siebenkampf-Weltmeisterin Ramona Rauff-Neubert.

Vor dem Berliner Roten Rathaus, wo sich rund 200 Teilnehmer versammelt hatten, wandten sich Trainer gegen eine zweiklassige Einordnung nach der Vereinigung des deutschen Sports.

In Rostock klagten die Teilnehmer Unterstützung für den Sport in einem Brief an DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière ein.

Weitere Demonstrationen mit gleicher Zielrichtung gab es in Chemnitz und Neubrandenburg.

Deutsche Streitkräfte sollen in Zukunft auf 370 000 Mann reduziert werden / Kohl kündigt Verzicht auf ABC-Waffen an

## Moskau: Grünes Licht für Deutschlands Gang in die NATO

Moskau (ADN). Bundeskanzler Helmut Kohl und UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow haben sich darüber verständigt, daß ein künftig vereintes Deutschland „frei und selbst“ gemäß der KSZE-Schlußakte von Helsinki über seine Bündniszugehörigkeit entscheidet. Das gab der Bundeskanzler am Montag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Sleshanowsk bekannt. Beide Staatsmänner hätten vereinbart, nach Herstellung der deutschen Einheit einen umfassenden grundlegenden Vertrag abzuschließen, der die deutsch-sowjetischen Beziehungen dauerhaft und gutnachbarlich regelt. Ein solcher Vertrag solle alle Bereiche umfassen. Ziel dieses Vertrags sei es, das deutsch-sowjetische Verhältnis auf eine Basis der Stabilität, der Berechenbarkeit und des Vertrauens zu stellen.

Kohl legte in acht Punkten die Ergebnisse seiner zweitägigen Beratungen mit Gorbatschow dar, die er als „neuen Höhepunkt in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ charakterisierte. Seine Gespräche seien „von größter Offenheit, gegenseitigem Verständnis, persönlicher Sympathie“ gekennzeichnet gewesen. Einigkeit bestehe zwischen beiden Seiten darin, daß

Betrachtung auf Seite 2: Nach Nüsseknacken und Krötenschlucken

die deutsche Einigung die BRD, die DDR und Berlin umfaßt. Mit der Einheit würden alle Verantwortlichkeiten der vier Mächte abgeben; Damit erhalte das vereinte Deutschland seine volle und uneingeschränkte Souveränität.

Ein vereintes Deutschland, das Mitglied der NATO sein. Nach den Worten Kohls sei auch die Regierung der DDR dieser Meinung.

Kohl kündigte den Abschluß eines zweiseitigen Vertrages mit der Sowjetunion unmittelbar nach der Vereinigung über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Ostteil Deutschlands an, der in drei bis vier Jahren abgeschlossen sein soll. Solange sich noch sowjetische Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR befinden, würden die NATO-Strukturen nicht ausgeweitet. Nicht in den Nordatlantikpakt integrierte Territorialverbände der Bundeswehr sollen jedoch schon sofort nach der Einigung auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden können. Nach Abzug der sowjetischen

Truppen könne jede Art von Verbänden der Bundeswehr stationiert werden. Es würden keine atomaren Trägermittel und keine nichtdeutschen Verbände stationiert.

Wie Kohl weiter informierte, sollen während der sowjetischen Präsenz in Deutschland auch die Truppen der drei Westmächte in Westberlin verbleiben. Die Bundesregierung sei bereit, den laufenden Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung abzugeben, daß die deutschen Truppen innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre auf 370 000 Mann reduziert werden. Mit Gorbatschow sei ferner vereinbart worden, daß das vereinte Deutschland auf Herstellung, Besitz und Verfügung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen verzichte.

Mit der Sowjetunion sei man darüber hinaus übereingekommen, zur Regelung wirtschaftlicher Fragen im Zusammenhang mit der D-Mark-Einführung in der DDR einen Überleitungsvertrag mit einer Laufzeit von drei bis vier Jahren zu schließen.

„Wir haben Realpolitik gemacht“, sagte Michail Gorbatschow über seine Gespräche mit dem Bundeskanzler. Dies wäre aber kaum möglich gewesen, wenn nicht schon der Kontext dieser Gespräche vorhanden gewesen wäre. Die Vereinbarungen in der jetzigen Form „integrieren sowohl die Interessen der Bundesrepublik als auch die der Sowjetunion“. Er, so Gorbatschow, gehe davon aus, daß die Deutschen die Lehren aus der Geschichte gezogen hätten. Der Präsident brachte die Hoffnung zum

Ausdruck, daß nach dem Abzug des sowjetischen Militärs aus dem Ostteil Deutschlands keine anderen ausländischen Truppen dort stationiert werden.

Bedeutungsvoll für seine Gespräche mit Kohl sei auch die Londoner NATO-Konferenz gewesen, die „nicht wenige positive Schritte“ gebracht habe. Die Londoner Beschlüsse ermöglichten nun Vereinbarungen zwischen beiden Bündnissen.

Am Ende eines mehr als 30-minütigen Frage-und-Antwort-Spiels mit den Journalisten, das auch Fragen der inneren Entwicklung der Sowjetunion berührte, erklärte der sowjetische Präsident, die von Kanzler Kohl ausgesprochene Einladung in dessen pfälzische Heimat nehme er an.

Bundeskanzler Kohl kehrte am Montagabend in die BRD zurück.

#### Minister Romberg zur Ministerratstagung:

### Es geht um alles, was in Bonn verhandelt wurde

Berlin (ADN/ND). Der Ministerpräsident der DDR ist am Montagmorgen in Berlin zu einer Beratung über den Einigungsvertrag mit der BRD zusammengetreten. Die Sitzung wurde von Premier Lothar de Maizière geleitet.

Während der Ministerpräsident nicht bereit war, sich vor der Presse zu äußern, erklärte Finanzminister Walter Romberg, es gehe in der Sitzung „um alles, was in Bonn verhandelt worden ist“.

Die Ministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Regine Hildebrandt, ergänzte: „Am Freitag vor einer Woche ist hier mit einer Grundsatzansprache von de Maizière der Startschuß gegeben worden. In der vergangenen Woche haben die Staatssekretäre in Bonn verhandelt. Und diese Woche wird hier beraten, noch einmal auf Ressortebene. Heute sollen alle Minister die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen vorzutragen. Wir wollen unsere eingebrachten Dinge beibehalten und für die

Zukunft sichern.“ Dazu gehöre das Arbeitsgesetzbuch mit den Vergünstigungen für die Frauen.

In die Preislandschaft ist nach Auffassung der Pressesprecherin des Ministeriums für Handel und Tourismus Bewegung gekommen. Die Preise hätten sich stabilisiert, erklärte sie gegenüber Medienvertretern am Montag. Bei ihren Auskünften stütze sie sich auf Erkenntnisse des am 10. Juli gegründeten Operativstabes. Als wesentliche Ursache für die derzeitigen Probleme nannte sie, Produktion und Handel hätten nicht rechtzeitig zueinander gefunden. Die lückenhafte Versorgung, vor allem mit Frischwaren, führte die Sprecherin unter anderem auf nicht im vollen Umfang erfolgte Lieferungen, auch aus der BRD, ungenügende Verkaufstätigkeiten der Produzenten, Transportprobleme sowie zu langsamem Warenumschlag in einigen Großhandelsbetrieben zurück. Die Handelsbetriebe seien orientiert, die Handelsspannen „stark herunterzusetzen“.

#### In der Landwirtschaft droht der Kollaps

### Premier holte Minister vom Urlaub zur Arbeit zurück

Berlin (ND-Glöße). Noch gibt es keine Anzeichen, daß sich die katastrophale Situation in der DDR-Landwirtschaft entspannt. Nachdem sich Bauern in den vergangenen Tagen bei Straßenblockaden Gehör verschaffen, mit schlichtesten Tieren vor der Volkskammer protestierten und notgedrungen die Auflösung ihrer Genossenschaften ankündigten, herrscht nun auch im Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung Alarmstimmung.

DDR-Landwirtschaftsminister Peter Pollack wurde von Ministerpräsident Lothar de Maizière aus dem Urlaub zurückgerufen. Wie Vizeregierungssprecherin Angela Merkel mitteilte, habe der Premier unterstrichen, daß „der Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaftsbetriebe“ Ziel der Regierung sei. Verstärkt sollen jetzt Möglichkeiten der lebensmittelverarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik genutzt werden sowie Lieferungen in die EG erfolgen. Gleichzeitig würden zusätzliche Exportmöglichkeiten der DDR in osteuropäische Länder geprüft. Angela Merkel äußerte sich zuversichtlich, daß es schon ab August de facto eine Zollunion zwischen der DDR und

den EG-Ländern geben werde. Das bedeute einen offenen Warenverkehr ohne Kontingente.

„Wir müssen dieses Problem so schnell wie möglich, auf jeden Fall aber noch in dieser Woche lösen“, versprach der Parlamentarische Staatssekretär Prof. Dr. Peter Kauffold in der Montagausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Nach seinen Worten sei die Absatzkette vom Erzeuger zum Verbraucher völlig unterbrochen. Hinzu komme, daß sich die Vereinbarungen über Lieferkontingente als nicht praktikabel erwiesen. Die Lieferung von Nahrungsgütern aus der Bundesrepublik habe erheblich stärker zugenommen als die umgekehrte Lieferung von Agrarprodukten aus der DDR. Wende diese Diskrepanz nicht beseitigt, könnten auch Liquiditätshilfen - nach Kauffolds Worten ohnehin nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“ - den Kollaps in der Landwirtschaft nicht verhindern. Ein Notstandsprogramm, am Wochenende von den beiden deutschen Bauernverbänden gefordert, hat angesichts der Krisensituation auch der Zentralverband der Staatsgüter e. V. der DDR von der Regierung angefordert.

#### Mobiler durch „Second Hand“-Mobile



50 hessische Polizeifahrzeuge wurden den Thüringer Kollegen zur Verfügung gestellt. Die Opel-Limousinen aus zweiter Hand sind natürlich gründlich überholt und mit Zubehör und Ersatzteilen versehen. Wenigstens da wird es hoffentlich künftig keine Probleme geben ...

Telefoto: ADN/Hirschberger

### Lafontaine sieht seine Warnungen bestätigt

Von unserem Bonner Korrespondenten FRANZ HELLING

Nach zweimonatiger Zwangspause steht SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine nach eigenen Worten nun wieder für Auseinandersetzungen zur Verfügung. Nach einer Tagung des SPD-Präsidiums in Bonn erklärte er vor der Presse, schon wenige Tage nach Inkrafttreten des Staatsvertrages werden die ersten von der SPD bereits im Vorfeld kritisierten Mängel der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in der DDR sichtbar. Die Betriebe hielten der abrupten Konfrontation mit dem freien Markt nicht stand, die Umstrukturierung werde durch mangelnde Umschulung der Beschäftigten behindert. In der Sozialversorgung sei ein besorgniserregendes Vakuum entstanden. Vor allem seien für den Aufbau einer Infrastruktur als Voraussetzung einer leistungsfähigen Wirtschaft weder Mittel noch Pläne erkennbar. Der Staatsvertrag habe Tatsachen geschaffen, die man nicht rückgängig machen könne. Jetzt gelte es

allerdings, die negativen Folgen für die Menschen so gering wie möglich zu halten.

Zu diesem Zweck bekräftigte Oskar Lafontaine seine Forderung nach einem umfassenden Strukturprogramm, in das Energieversorgung, Telefonnetz, Eisenbahn und Straßen sowie eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung einbezogen würden. Die Kosten bezifferte er auf mehrere hundert Milliarden Mark.

Dem Bundeskanzler warf Lafontaine vor, die wahren Kosten der deutschen Einheit nach wie vor zu verschweigen. Das Versprechen, niemand werde Schaden durch die Währungsunion haben, erweise sich als falsch. In der DDR würden Hunderttausende arbeitslos, in der Bundesrepublik seien hohe Mieten und steigende Hypothekenzinsen an der Tagesordnung. Auch im Ausland wüchsen die Vorbehalte gegenüber der Art und Weise der deutschen Vereinigung.

In Bezug auf die gesamtdeutschen Wahlen bezeichnete Lafontaine die PDS als den einzigen Nutznießer einer Sonderregelung für die DDR.

Er kündigte an, am heutigen Dienstag an einer Bauarbeiterdemonstration in Berlin teilzunehmen.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Dr. Herta Däubler-Gmelin wies noch einmal jegliche Versuche zurück, alle Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit im Sofortprozeß zu lösen. Dazu sollte ein Rahmen von zwei Jahren abgesteckt werden und am Ende eine Volksabstimmung stehen. Im Zusammenhang mit den Parteienvereinbarungen und Liberalen forderte sie, über jede Mark der alten DDR-Parteien verbindlich und nachprüfbar Rechenschaft abzulegen und alles, was nicht aus Beitragsgeldern stamme, „dem Volk zurückzugeben“.

#### Wörner in der UdSSR:

### NATO will weg vom Feinddenken

Moskau (ADN). Eine spürbare Verbesserung der Situation in Europa hat NATO-Generalsekretär Manfred Wörner am Montag in Moskau konstatiert. Während einer Begegnung mit dem sowjetischen Generalstabschef Armeegeneral Michail Moissejew sagte er weiter, die NATO verstehe die Beunruhigung der Sowjetunion hinsichtlich ihrer Sicherheit. Die NATO strebe nicht nach einseitiger militärischer Überlegenheit. Er lud den sowjetischen Generalstabschef zur Fortsetzung des begonnenen Dialogs ins NATO-Hauptquartier nach Brüssel ein.

Auf die geplanten Veränderungen in der NATO-Strategie und in der Streitkräftestruktur des Bündnisses eingehend, führte Wörner aus, die NATO betrachte die UdSSR und die anderen Länder des Warschauer Vertrags nicht länger als Gegner, sondern als Partner beim Aufbau des gemeinsamen europäischen Hauses.

### Geiselnahme in ČSFR-Botschaft

Prag/Havanna (ADN). Zu einer dramatischen Entwicklung ist es am Montagmorgen (Ortszeit) in der tschechoslowakischen Botschaft in Havanna gekommen. Nach einem ČTK-Bericht nahmen sieben Kubaner im Gebäude der Mission mehrere Diplomaten als Geiseln, darunter den Geschäftsträger Jan Dömök. Es sei niemand verletzt worden, die sieben Kubaner verhalten sich aber dem Bericht zufolge sehr aggressiv. Die Geiselnahme drohte am Abend, das Botschaftsgebäude zu sprengen, falls ihre Forderung nach einem Flugzeug nicht erfüllt würde.

(Siehe auch Seite 4)

### KURZ

#### Neuer Akademiepräsident

Berlin. Der Dramatiker Heiner Müller ist am Montag in geheimer Abstimmung zum neuen Präsidenten der Akademie der Künste der DDR gewählt worden. Vizepräsidenten wurden Heiner Carow, Stephan Hermlin, Werner Stötzer und Ruth Zechlin.

#### Acht Tote

Moskau. Bei blutigen Zusammenstößen zwischen Usbeken und Kirgisen am Wochenende im Gebiet Osh sind AFP zufolge acht Menschen getötet worden.

(Siehe Seite 4)

#### Beben bei Manila

Manila. Mindestens 90 Menschen starben am Montag bei einem starken Erdbeben auf den Philippinen, als im Epizentrum nördlich der Hauptstadt ein Stutenwohnheim einstürzte.

#### 915 Hochwassertote

Peking. Überschwemmungen in weiten Teilen Chinas haben in diesem Sommer bisher 915 Menschenleben gefordert. Wie „Renmin Ribao“ am Montag meldete, wurden mehr als 1,7 Millionen Hektar Land völlig verwüstet.

#### Schwere Havarien

Tjumen. Zwei schwere Havarien haben sich im Gebiet Tjumen ereignet. Aus einem Leck der Erdgasleitung Urengoi-Ushgorod entwichen 21 Millionen Kubikmeter Erdgas. Bei Belosern liefen 400 Tonnen Öl aus, das sich zum Teil entzündete.

#### Todesstrafe für Porno?

Peking. Druck, Verkauf, Verbreitung oder Handel mit „obszönen“ Büchern, Fotografien oder Tonband- und Videokassetten können in China mit der Todesstrafe geahndet werden. Entsprechende Bestimmungen wurden am Montag in Peking bekanntgegeben.

### Große BRD-Unternehmen erzielten 1989 Supergewinne

Düsseldorf (ADN). Bei einem durchschnittlichen Wachstum des Geschäftsvolumens um neun Prozent stiegen die Gewinne der hundert umsatzstärksten BRD-Unternehmen im vergangenen Jahr um etwa 20 Prozent. Unter Einschluss des durch veränderte Rechnungslegung bedingten Gewinnsprungs von Daimler-Benz, der die Liste anführt (+300 Pro-

zent), waren es sogar 45 Prozent. Darauf verweist am Montag das Düsseldorf „Handelsblatt“ in einer Analyse der nun fast vollständig vorliegenden Bilanzen der westdeutschen Firmenprominenz 1989. Insgesamt meldeten neun Gesellschaften Gewinne von mehr als einer Milliarde DM im Vergleich zu sieben Firmen im Jahr zuvor.

### Handelsketten boykottieren DDR-Produkte im Verkauf

Potsdam (ADN). BRD-Handelsketten halten DDR-Produkte mit Zwangsmaßnahmen vom Verkauf in den Geschäften der mit ihnen liierten DDR-Unternehmen fern. Das bestätigte der zuständige Ressortleiter in der Potsdamer Bezirksverwaltungsbehörde, Dr. Friedrich-Karl Grütze (SPD) gegenüber der Presse. Namentlich nannte er die Rewe-Handels-

gesellschaft. Das Vorgehen des Handels in der DDR sei „kein Kavalleriedelikt“. Spielräume würden nicht genutzt. So habe der Handel in den ersten zehn Tagen des Juli vergleichsweise bei Trinkmilch nur ein Drittel, bei Butter und Geflügel ein Achtel sowie bei Schlachtschwein und -rind weniger als zehn Prozent abgenommen. Im Einzugsbereich Potsdam seien allein 3000 Tonnen Butter eingelagert.

### SP Serbiens gegründet

Belgrad (ADN). Die „Sozialistische Partei Serbiens“ (SPS) ist am Montag in Belgrad durch den Zusammenschluß des Bundes der Kommunisten Serbiens und des „Sozialistischen Bundes der Werktätigen“, der bislang größten Massenorganisation der Republik, gegründet worden.

Einen entsprechenden Beschluß hatten die Delegierten eines außerordentlichen Parteitagess des Bdk Serbiens zuvor einstimmig gefaßt. Auch der Bund billigte auf einer Konferenz am Montag in Belgrad die Vereinigung mit dem Bdk.

Auf dem Gründungskongreß der SPS, der unmittelbar nach Abschluß des letzten Bdk-Parteitagess am Montag eröffnet wurde, sollen Programm und Statut

Khieu Samphan behauptete in einem „Figaro“-Interview, einige seiner Einheiten operierten bereits weniger als 40 Kilometer von der Hauptstadt Phnom Penh entfernt.

der neuen Partei angenommen werden. Die Wahl von Slobodan Milosevic zum Vorsitzenden der neuen Partei gilt als sicher.

Der Vorsitzende des Bdk Serbiens, Bogdan Trifunovic, hatte auf dem Bdk-Parteitag unterstrichen, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens sei durch „Separatismus, Egoismus, nationalistische Engstirnigkeit und Wahlspekulationen“ zerstört worden. Der Erfolg des Sozialismus in Serbien sei unter den Bedingungen „aggressiver Angriffe rechtsorientierter und antikommunistischer Kräfte“ in starkem Maße von der Einheit der linksgerichteten Kräfte abhängig. Dies sei das Hauptmotiv für die Vereinigung der beiden Organisationen.